

Kampf der

Huntingtons These, wonach in der Weltpolitik künftig kulturelle Faktoren als Konfliktursachen dominieren werden, erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Huntington geht es in seinem einschlägigen Buch allerdings nicht primär um eine wissenschaftliche Untersuchung, sondern um Empfehlungen, die es der US-amerikanischen Aussenpolitik erlauben sollen, in einer zusehends unübersichtlichen Welt ihr «nationales Interesse» nicht aus den Augen zu verlieren. Seine Argumentation beruht auf einer fragwürdigen Auffassung von Politik.

Kürzlich hat der Präsident des US-amerikanischen Repräsentantenhauses erklärt, er könne die Vorstellung, jemand wolle amerikanische Soldaten den Launen der internationalen Gemeinschaft aussetzen, nicht ertragen (NZZ 11./12. Mai 2002). Wie vorher bereits die Regierung hat das Repräsentantenhaus im Mai entschieden, das Projekt eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs für Kriegsverbrechen nicht zu unterstützen. In der zitierten Äusserung artikuliert sich ein tiefes Misstrauen gegenüber der internationalen Gemeinschaft; unterstellt wird, sie lasse sich von unlauteren, parteiischen Motiven leiten. Nun befürchten zwar zahllose Menschen in dieser Welt, ihr Geschick könnte von den Launen der gerade amtierenden US-amerikanischen Administration abhängen. Diese Befürchtung ist jedoch noch kein Indiz anti-amerikanischer Ressentiments. Klar ist lediglich, dass die Folgen ungleicher globaler Machtverteilung nicht von allen Betroffenen gleich eingeschätzt werden. Die Ängste relativ machtloser politischer Akteure angesichts des für sie bedrohlichen Verhaltens mächtiger Staaten sind rational ebenso nachvollziehbar wie die Motive der Regie-

rung einer mächtigen Nation, die hinsichtlich der Verteidigung ihrer Machtposition und der Wahrnehmung ihrer Interessen von multilateralen Regelungen mehr Nachteile als Vorteile erwartet.

Geht es somit mächtigen Akteuren wie den USA oder anderen westlichen Staaten in ihren weltpolitischen Bemühungen bloss darum, ihre Vormachtstellung zu behaupten und ihre Interessen durchzusetzen? Zu jenen, die diese Frage vorbehaltlos bejahen, gehört Samuel P. Huntington, Autor des vielzitierten und nach dem 11. September 2001 wieder entdeckten Buches «The Clash of Civilizations» – in deutscher Übersetzung «Kampf der Kulturen». Im folgenden fasse ich zuerst die wichtigsten Argumente dieses Buches zusammen und lege anschliessend dar, weshalb sie kaum geeignet sind, die weltpolitischen Konflikte der Gegenwart besser zu verstehen.

Zusammenprall der Kulturen – Huntingtons globalpolitisches Erklärungsmodell

Die These, die Huntington 1993 in einem Artikel, 1996 dann in Buchform vertreten hat, lautet¹: Künftig wird Weltpolitik nicht mehr von ideologischen oder ökonomischen, sondern von kulturellen Motiven bestimmt. Die Dominanz der westlichen Zivilisation, die die Weltgeschichte der Neuzeit charakterisiert, ist seit dem Ende des Kalten Krieges in Frage gestellt. Andere Zivilisationen wie die sinische (chinesische), die japanische, die hinduistische, die islamische, die slawisch-orthodoxe, die lateinamerikanische und allenfalls noch die afrikanische erheben nun den Anspruch, die Ordnung der Welt mitzugestalten. Weltpolitik wird freilich nicht durch die Zusammenarbeit, sondern durch den Zusammenprall der Zivilisationen bestimmt. An ihren Berührungslinien kommt es unweigerlich zu Krisen und Konflikten. Ein internationaler Klassenkrieg zwischen dem armen Süden und dem reichen Norden ist nicht zu erwarten. Die gefährlichsten Konflikte werden fortan nicht soziale Klassen oder ökonomische Interessengruppen entzweien, sondern – so Huntington – Völker, die unterschiedlichen Kulturen angehören.

Kulturen

Was sind Kulturen? Kulturen geben und gaben den Menschen zu allen Zeiten die Möglichkeit der Identifikation, wobei die Zugehörigkeitskriterien Religion, Sprache, ethnische Herkunft und Lebensweise sind. Kulturelle Identifikationen sind auf mehreren Ebenen möglich, allerdings nicht auf globaler Ebene. Kein Mensch kann eine kosmopolitische Identität ausbilden, da eine universelle Zivilisation eine Utopie ist. Kein übergreifendes System kultureller Werte und Regeln verbindet laut dieser These europäische mit arabischen oder chinesischen Menschen. In den Idealen des Universalismus artikuliert sich lediglich das kulturelle Selbstverständnis des Westens. Westliche Politik sollte sich jedoch nicht von der irrigen Meinung leiten lassen, sie sei dazu berufen, ihre Werte global zu verwirklichen. Die Idee der Universalität einer modernen, aufgeklärten und liberalen Zivilisation ist nicht nur falsch, sondern zudem unmoralisch und gefährlich. Zwar erklären westliche Politiker gerne, sie agierten im Interesse der Weltgemeinschaft, doch sind solche Beteuerungen nicht wörtlich zu nehmen. Tatsächlich geht es ihnen darum, Entscheidungen, die den Interessen der USA und anderer westlicher Mächte dienen, weltweit zu rechtfertigen. Der Westen dominiert – alleine oder im Bund mit Japan – die internationalen Institutionen und benutzt Gremien wie den Sicherheitsrat der UNO oder den Internationalen Währungsfonds dazu, seine Vorherrschaft zu erhalten.

Wenn der Westen mit dem Rest der Welt auf Kriegsfuss steht, erklärt sich dies eher aus der Opposition gegen seinen Herrschaftsanspruch denn aus kulturellen Differenzen. Dennoch sollte er – aus der Sicht Huntingtons – kulturelle Faktoren nicht geringerschätzen, können sie doch seine Vormachtstellung unterminieren. Angesichts der massenhaften Einwanderung aus anderen Kulturkreisen drohten dem Westen moralischer Verfall und kultureller Selbstmord. Die USA wie der Westen insgesamt können deshalb ihre Hegemonie nur behaupten, wenn die Nordamerikaner innenpolitisch ihre Bindung an die westliche Kultur durch eine klare Absage an den Multikulturalismus bekräftigen und aussenpolitisch weiterhin ihre globale Rolle darin erkennen, die Führungsnation der westlichen Kultur zu sein. Angesichts des schwindenden globalen Einflusses des Westens

muss die Aufgabe der Politik folglich darin bestehen, die westliche Kultur zu schützen, zu stärken, auszuweiten und zu integrieren, ihre technologische und militärische Überlegenheit über andere Kulturen zu behaupten und in interkulturellen Konflikten geschickt zu agieren.

Huntingtons Erörterung weltpolitischer Konfliktszenarien führt zu folgendem Fazit: Der Multikulturalismus in den USA gefährdet dieses Land und den gesamten Westen, der Universalismus in der Aussenpolitik gefährdet den Westen und die Welt. Dem Westen wird im Interesse der Verteidigung seiner Machtposition somit eine doppelte Abgrenzung empfohlen.

Das Paradigma als machtpolitischer Kompass

Die zitierte Äusserung des Präsidenten des US-amerikanischen Repräsentantenhauses verrät die Angst vor den Folgen der Demokratisierung internationaler Politik. Offenbar hat Huntington versucht, dieser Angst, die die US-amerikanische Aussenpolitik nicht erst seit heute leitet, ein theoretisches Fundament zu geben. Er hat dabei die Bedeutung von Ab- und Ausgrenzungsbedürfnissen hervorgehoben, die sich auf etwas beziehen, was er Kultur nennt. Freilich liegt seine Kompetenz nicht im Bereich der Kulturwissenschaft. Huntington ist Politikwissenschaftler und Regierungsberater; ihm liegt hauptsächlich die Verteidigung des «nationalen Interesses» am Herzen. Er lässt sich der realistischen Schule in der Theorie der internationalen Beziehungen zurechnen. Staaten sind nach dieser Annahme die Hauptakteure internationaler Politik, und das Grundmotiv ihres Handelns ist die Sorge um ihre nationale Sicherheit. Auf globaler Ebene herrscht ein Zustand der Anarchie; Staaten

¹ Samuel P. Huntington: The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs 72, 1993, 3: 22-49; The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York 1996. Deutsch: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München, Wien 1996. Die wichtigsten Stellen, auf die ich mich beziehe, finden sich auf den Seiten 45-54, 199-202, 291-295, 500-524.

kämpfen um Macht und Ressourcen, ohne in ihrem Verhalten an übergeordnete Normen rechtlicher oder moralischer Art gebunden zu sein. Gegenpositionen zum Realismus stellen der liberale Institutionalismus und der Strukturalismus dar. Während der liberale Institutionalismus die wachsende Bedeutung transnationaler Kooperation zwecks Bewältigung gemeinsamer Probleme betont, begreift der Strukturalismus die internationale Politik als Resultat vielfältiger Abhängigkeiten und ungleicher Entwicklung im kapitalistischen Weltsystem.

Häufig wird der Verdacht geäußert, realistische Theorien seien bis zu einem gewissen Grad «self-fulfilling prophecies». So ist für die amtierende US-amerikanische Administration, deren Aussenpolitik von realistischen Doktrinen inspiriert ist, die Stärkung internationaler Normen und Institutionen offensichtlich kein vordringliches Anliegen. Als typischer Realist glaubt auch Huntington nicht an universelle und kosmopolitische Ideale und misst ihnen allenfalls eine propagandistische Funktion zu². Unüberwindliche kulturelle Differenzen zwischen Menschen und Völkern verhindern, dass solche Ideale verwirklicht werden können, so seine These. Bei aller berechtigten Kritik an der bescheidenen wissenschaftlichen Qualität dieser These sollte nicht vergessen werden, dass Huntington seine Theorie nicht als Beitrag zur Sozialwissenschaft verstanden wissen will, sondern als Vorschlag zur Definition eines neuen politikwissenschaftlichen Paradigmas. Er will ein Erklärungsmodell liefern, das der US-amerikanischen Aussenpolitik in einer sich wandelnden Welt als Orientierungshilfe dienen kann. Er wendet sich an ein Publikum, das sich während Jahrzehnten dank des Paradigmas des Kalten Krieges ein einfaches Bild von der Weltpolitik machen konnte, und prüft, welches neue Paradigma an dessen Stelle treten könnte. Mit dem kulturellen Paradigma hätten sich, so glaubt er, viele Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges voraussagen lassen.

Huntingtons Studie ist somit als Anweisung für politische Entscheidungsträger zu lesen. Diese sollten die Welt so betrachten, als spielten kulturelle Faktoren bei der Entstehung von Konflikten die massgebliche Rolle. Was ist von diesem Paradigma zu halten?

Das kulturellrelativistische Paradigma scheint zu besagen, die Zugehörigkeit zu verschiedenen Sprach- oder Religionsgemeinschaften schaffe unüberwindliche Kommunikationsbarrieren zwischen Menschen. Dass solche Hypothesen in wissenschaftlich anspruchsvollerer Weise formuliert werden können, als Huntington dies tut, ist zwar denkbar, dennoch halte ich sie nicht für plausibel. Aufgrund der ungleichen globa-

len Machtverteilung verfügen Menschen weltweit über höchst unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten, die wiederum ihre Wahrnehmung politischer Realitäten prägen können – ein Umstand übrigens, der in kulturellrelativistischen Theorien kaum thematisiert wird. Jede kulturellrelativistische Position ist jedoch mit der Tatsache konfrontiert, dass der sich globalisierende Kapitalismus zu einer Macht geworden ist, die, wenn auch in unterschiedlichem Mass, überall auf der Welt Handlungsmöglichkeiten bestimmt und begrenzt. Es mag zutreffen, dass politische Frustrationen durch kulturelle Identifikationen kompensiert werden können, daraus folgt jedoch nicht, die Gründe der Frustration seien in der Konkurrenz der Kulturen zu suchen.

Zu den Ereignissen, die die Brauchbarkeit seines Paradigmas beweisen sollen, zählt Huntington die Konfrontation zwischen dem Westen und einer Koalition aus islamischen und konfuzianischen Staaten anlässlich der Wiener Menschenrechtskonferenz vom Sommer 1993. Doch diese Interpretation erweist sich als zumindest selektiv. Wie ein Blick auf diese und spätere UNO-Konferenzen zeigt, zeichnen sich jeweils auch ganz andere Allianzen ab, etwa zwischen katholischen und islamischen Fundamentalisten in gleichstellungspolitischen Fragen. Wenn schon der Kulturbegriff zur Kennzeichnung der Konfliktpartner herangezogen werden soll, wäre eher von Konfrontationen zwischen geographisch nicht eingrenzbaren, religiösen und säkularen, patriarchalen und feministischen, autoritären und demokratischen Kulturen zu sprechen.

Huntingtons Paradigma könnte sich als «self-fulfilling prophecy» erweisen. Wer sich einredet, der Streit um Rechtsauffassungen, Machtansprüche und ökonomische Interessen sei Ausdruck der Unvereinbarkeit kulturell determinierter Wertvorstellungen und daher letztlich unlösbar, kann sich jedes Bemühen um Verständigung, jeden Versuch rationaler Kritik und jeden Einsatz für Verhandlungen sparen. Er wird damit freilich erst recht zur Verschärfung der Konflikte beitragen. Es ist in diesem Kontext bezeichnend, dass die Wandlungen des Völkerrechts sowie die Rolle der UNO als Staatengemeinschaft, Diskussionsforum und Konfliktlösungsinstanz in Huntingtons Argumentation keine Rolle spielen.

Huntington hat sich zwar vom staatszentrierten Modell des klassischen Realismus vorsichtig distanziert, er bleibt aber mit seiner Auffassung sich bekämpfender Machtzentren dem realistischen Paradigma treu. Doch weshalb nennt er die Machtzentren Kulturen, inwiefern ist das von ihm vorgeschlagene Paradigma ein kulturelles? Kulturkreise sind für ihn das umfassendste «Wir», in dem sich Menschen heimisch fühlen können. Diese Identifikation kommt indes erst zustande im Zuge der Entdeckung, dass «da draussen» andere Menschen existieren, die nicht dazu gehören. Kultur lässt sich folglich nur negativ definieren. Nicht gemeinsame Bedürfnisse, Erfahrungen oder Praktiken, sondern die Wahrnehmung der «Anderen» vermag zwischen Menschen Gefühle der Gemeinschaft zu stiften. Das Verhältnis zu diesen anderen Menschen kann nun offensichtlich kein freundschaftliches, nicht einmal ein neutrales,

La lutte des cultures – un mythe du 21^e siècle?

sondern nur ein feindschaftliches sein. Wenn Huntington betont, Identität könne auf jeder Ebene nur in Bezug auf ein «Anderes» definiert werden, versteht sich für ihn von selbst, dass der Andere aufgrund seiner Differenz auch schon der Feind ist. Hassen ist menschlich, so sein knapper Befund. Zu ihrer Selbstdefinition wie zu ihrer Motivation brauchen Menschen Feinde und erkennen sie in jenen, die anders sind.

■ «Kulturell» sind in Huntingtons Weltbild somit jene Motive politischen Handelns, die die Unterscheidung zwischen Freund und Feind erlauben. Der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt hat in seinem 1927 erstmals veröffentlichten Essay «Der Begriff des Politischen»³ die Unterscheidung zwischen Freund und Feind als Kriterium des Politischen bestimmt. Politisch werden Beziehungen zwischen Menschen erst im Rahmen von Konflikten, in denen die Existenz der beteiligten Parteien auf dem Spiel steht. Der politische Feind ist für Schmitt der Andere, der Fremde, der aufgrund seiner blossen Existenz eine Bedrohung darstellt. Nicht erst die erklärte feindliche Absicht, sondern bereits die Fremdheit reicht aus, um Konflikte zu provozieren, die weder durch eine von allen betroffenen Parteien akzeptierte normative Regelung noch durch eine neutrale Instanz entschieden werden können. Für Schmitt versteht sich denn auch von selbst, dass die politische Einheit «ihrem Wesen nach» nicht universal sein kann. Dieser Ansicht kann Huntington zustimmen. Ihm zufolge besteht die Weltpolitik aus Konfrontationen zwischen mehr oder weniger homogenen Gemeinschaften, die sich gegenseitig als Feinde wahrnehmen; Normen, die über die Gemeinschaftsgrenzen hinweg gelten, kann es so wenig geben wie globale Institutionen, die aufgrund ihrer Unparteilichkeit in Konflikten zu vermitteln vermögen.

■ Wie ernst ist es Huntington mit seinem Paradigma? In einem 1997 veröffentlichten Artikel⁴ findet sein Erklärungsmodell bloss noch Erwähnung als ein mögliches Deutungsmuster internationaler Politik neben anderen. Huntingtons Sorge gilt hier vornehmlich dem «nationalen Interesse» der USA. Darunter versteht er ein öffentliches Gut, für dessen Verteidigung die Amerikaner nötigenfalls ihr Leben und ihr Kostbares hingeben würden. Weil ihnen aber, so seine Diagnose, der Sinn für nationale Identität abhanden gekommen ist, sind sie nicht mehr fähig, das nationale Interesse zu definieren. Die USA haben nach dem Ende des Kalten Kriegs den Feind verloren; wie aber, so Huntingtons Frage, kann man Amerikaner sein, wenn kein Feind, kein Reich des Bösen die eigenen Werte und Güter bedroht? Es war stets die Abgrenzung vom bösen

Il y a quelques années, l'ouvrage de Samuel P. Huntington «The Clash of Civilizations» a suscité de vives controverses. A la fin de la Guerre froide, les conflits géopolitiques ne reposent plus, pour l'essentiel, sur des causes idéologiques ou économiques, mais bien plutôt sur des causes culturelles. C'est du moins la thèse de cet ouvrage. L'auteur prophétise une collision entre les milieux culturels occidentaux et orientaux, en particulier musulmans et asiatiques. Mais le «paradigme culturel» proposé par Huntington est pour le moins douteux, tant sous un angle scientifique que politique. Son objectif premier consiste manifestement à faire prendre pleinement conscience aux acteurs de la politique extérieure américaine (qui a, du reste, beaucoup de mal à évoluer dans un monde en pleine mutation), de leurs intérêts de politique de force. Et à leur donner des directives pour agir en conséquence! Par cultures, Huntington comprend des communautés qui ne sont capables de cerner leur propre identité qu'en définissant un ennemi commun. Dans la compréhension de l'auteur, sont donc «culturels» les motifs de l'action politique permettant de faire la distinction entre un ami et un ennemi. D'après Huntington, personne ne peut s'identifier à une civilisation mondiale. L'engagement en faveur de la réalisation globale de principes démocratiques et relatifs aux droits de l'Homme est donc parfaitement illusoire. La conception du monde relativiste de Huntington quant à la culture pourrait s'avérer être une «self-fulfilling prophecy». Cette prophétie correspond aux efforts de légitimation d'une grande puissance qui refuse purement et simplement de contribuer à la réduction de disparités globales de puissance et de prospérité. En lieu et place, elle suscite de nouveaux sentiments d'hostilité et se crée de nouveaux ennemis symboliques.

³ Dass er zu den Unterzeichnern des im Februar 2002 veröffentlichten offenen Briefs US-amerikanischer Intellektueller gehört, mag daher überraschen, wird doch darin feierlich erklärt: «We fight to defend ourselves, but we also believe that we fight to defend those universal principles of human rights and human dignity that are the best hope for humankind.» (www.propositionsonline.com/Fighting_For.)

³ Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Berlin 1963: 26f, 54f

⁴ The Erosion of American National Interests. In: Foreign Affairs 76, 1997, 5: 28-49.



«Anderen», die dem Land zu seiner Identität verholfen hat. Im Rahmen dieser Argumentation findet Huntington auch die Erklärung für die wachsende und nicht selten gewalttätige Opposition gegen die US-amerikanische Bundesregierung: Wenn rechtsextreme Amerikaner – wie in Oklahoma City – Regierungsgebäude in die Luft sprengen und zahlreiche Menschen töten, kann dies nur daran liegen, dass den USA der äussere Feind fehlt.

Die US-amerikanische Politik, so darf man Huntingtons Botschaft zusammenfassen, braucht kein neues Paradigma, sondern ein neues Feindbild. Bekanntlich ist sie zur Zeit wieder einmal damit beschäftigt, ein solches zu konstruieren und zu diesem Zweck einen bestimmten Lebensstil, eine bestimmte «Kultur» zum Massstab des fraglos Guten zu erklären.

Vom Nutzen und Nachteil simpler Weltbilder

Weshalb macht das Opium schlafen? Weil es eine einschläfernde Wirkung hat – so lässt Molière in «Le malade imaginaire» den angehenden Arzt antworten. Niemand bestreitet, dass Feindbildern in der Politik grosses Gewicht zukommt. Zu denken ist an die zahlreichen rechtsextremen und religiös-fundamentalistischen Gruppen, die überall auf der Welt wachsen, oder an rechtspopulistische Bewegungen, die sich eher über Feindbilder als über positive Forderungen definieren. Doch weshalb brauchen Menschen Feindbilder? Weil es zu ihrem Wesen gehört, ein Bedürfnis nach Feinden zu haben? Huntingtons «Antwort» taugt so wenig wie jene von Molières Arzt. Erklärungsbedürftig ist ja gerade, weshalb viele Menschen ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen in Forderungen nach politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen übersetzen, andere aber in mehr oder weniger aggressive, auf bestimmte Menschengruppen fixierte Feindbilder. Menschen, die über hinreichende Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten verfügen, sind in der Regel wohl weniger versucht, Feindbilder zu pflegen, als jene, die über solche Möglichkeiten nicht verfügen oder sie nicht wahrnehmen.

Wer Huntington liest, versteht vielleicht die Sorgen und Ängste einiger Politiker besser, aber kaum die Probleme und Chancen der heutigen Weltpolitik. Der Politikbegriff von Carl Schmitt, der immer noch offene oder heimliche Anhänger findet, ist entschieden antimodern und antidemokratisch. Ich schlage vor, unter Politik all jene Tätigkeiten zu verstehen, die die Verteilung von Macht, die Zusicherung von Rechten, die

Zuteilung von Chancen und Gütern regeln. Menschen, die Macht oder andere soziale Güter beanspruchen, wissen durchaus, dass ihre Forderungen Konflikte provozieren können und dass eine Neuverteilung nicht unbedingt ein Positivsummenspiel ist. Doch sie wissen ebenso, dass ihre Konkurrenten letztlich vergleichbare Handlungsmotive haben und daher eine Verständigung oder eine Verhandlungslösung nicht zum Vorneherein auszuschliessen ist. Konkurrenten, die um ein knappes Gut streiten, stehen sich nicht zwingend als Todfeinde gegenüber. Heute ist unbestritten, dass Macht und Entwicklungschancen im Rahmen des sich globalisierenden Kapitalismus höchst ungleich verteilt sind. Kaum jemand wird überdies ernsthaft behaupten, eine stabile Weltordnung sei unter solchen Bedingungen möglich. Schon alleine im Interesse einer langfristigen Stabilisierung ist eine globale Neuverteilung unverzichtbar, wobei hier nicht primär an eine materielle Umverteilung, sondern an eine gerechtere Verteilung von Handlungsmöglichkeiten zu denken ist.

Huntington hat sein «kulturelles Paradigma» dank einer Komplexitätsreduktion gewonnen. Er möchte den Zeitgenossen im allgemeinen und den US-amerikanischen Politikern im besonderen helfen, sich in einer hoch komplexen Welt zurechtzufinden. Zu diesem Zweck nimmt er eine Reduktion auf die Ebene des Kulturkonflikts vor. Doch das Paradigma ist nicht nur wissenschaftlich unbrauchbar. Der politische Entscheidungsträger, der sich daran orientiert und unterstellt, aufgrund der «Fremdheit» anderer «Kulturen» sei eine menschenrechtliche und demokratische Gestaltung der globalen Verhältnisse nicht möglich, stiehlt sich damit aus der Verantwortung. Von westlichen Politikerinnen und Politikern wird nicht verlangt, dass sie kulturelle Differenzen respektieren, sondern dass sie den Selbstbestimmungswillen der Menschen überall auf der Welt respektieren. Nur so können sie den Beweis erbringen, dass die Prinzipien, auf die sie sich berufen, nicht nur aus ihrer eigenen Perspektive gesehen universal sind.

Einspruch erheben

«Wer Menschheit sagt, will betrügen», meinte Carl Schmitt, und Kulturrelativisten wie Huntington dürften ihm beipflichten. Wer nicht bereit ist, sich dieser irrationalen Auffassung von Politik anzuschliessen, wird gegen jede politische Instrumentalisierung kultureller Differenzen Einspruch erheben.

Urs Marti ist Privatdozent für Philosophie und lehrt politische Philosophie am Philosophischen Seminar sowie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. In den letzten Jahren arbeitete er an einem Forschungsprojekt zum Thema: Normative Grundlagen der internationalen Politik.